



Es gilt der gesprochene Text

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir sprechen in der Schweiz wieder von Kernenergie! *Endlich* sprechen wir wieder davon.

Warum sprechen wir wieder von der Kernenergie? Was ist **anders und neu**?

Ich sehe **fünf Gründe**.

Zwei globale und drei nationale Gründe.

Kernenergie: Zeitfenster offen ALPIQ



international:

- Klima/CO2
- mehr Energie, gerechter verteilt

national:

- Moratorium ausgelaufen
- Stromlücke
- neue Verfahren nach KEG

Der **erste Punkt** ist das **Klima**. Das **CO2**. Die Welt produziert zu viel davon. Aber zugleich produziert die Welt heute **zwei Drittel des Stroms** aus fossiler Energie. Das ist **so viel CO2**, wie aus dem **Strassenverkehr** und aus der **Industrie zusammen, weltweit betrachtet**. Also **viel CO2**. Das kann **nicht die Zukunft** der Stromproduktion sein.

Der **zweite Punkt**: Die Welt braucht **mehr Energie**. Die Bevölkerung wächst und die Armen wollen mehr vom Kuchen. China, Indien, Brasilien und andere beanspruchen ebenfalls einen höheren Anteil an den fossilen Energien. Auch im Sinne der **globalen Gerechtigkeit**. Es braucht also mehr fossilunabhängig produzierten Strom. Viele Länder setzen darum inzwischen wieder auf die Kernenergie. Hunderte von Anlagen sind in Planung. Auch und gerade in Europa. Und jetzt zu den drei Gründen, die ihren Ursprung in der Schweiz haben.

Der **dritte Punkt** ist offensichtlich. Das vom Volk beschlossene, zehnjährige **AKW-Moratorium** ist im Jahr 2000 ausgelaufen.

Der **vierte Punkt** liegt in der **Stromlücke**. Wir werden **ab etwa 2020 zu wenig Strom** haben. Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien? 2 mal Ja! Doch das füllt die Stromlücke nicht. Deshalb sagt auch der Bundesrat in seinem Grundsatzentscheid vom 21.2.2007: *„Der Ersatz oder Neubau von Kernkraftwerken ist notwendig.“* Dieses Bekenntnis ist **neu**. Der **Bundesrat** hat das **Problem erkannt**. Auch in seinen Augen brauchen wir **2 neue Kernkraftwerke**.

Fünftens haben Parlament und Bundesrat dafür - und für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle - die **Verfahren klar festgelegt**. Auch das ist **neu**.

Alle diese Gründe haben uns dazu bewogen, ein Rahmenbewilligungsgesuch einzureichen. Das Window of opportunity ist offen. Es geht um die Versorgungssicherheit. Es geht ums Klima. Es geht um die demokratische Abstützung der Energiepolitik.



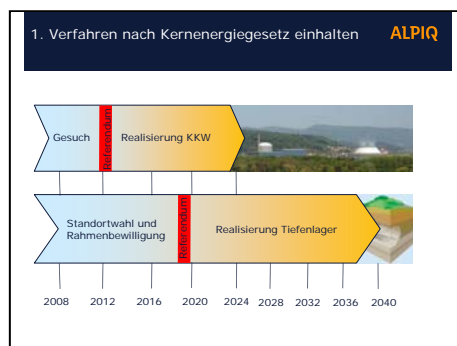
- Bewilligungsverfahren
- Investitionsfähigkeit
- Verhältnis Kernenergie-
Erneuerbare

Aber natürlich geht es auch um die **Rahmenbedingungen**, damit wir nicht nur bauen *wollen*, sondern auch bauen *können*.

Rahmenbedingungen sind das Geschäft der Politik.

Wir haben **drei Erwartungen an die Politik**. Sie betreffen

- die Bewilligungsverfahren,
- die Investitionsfähigkeit und
- das Verhältnis von Kernenergie und erneuerbaren Energien



Zuerst zu den Bewilligungsverfahren:

Die Politik hat die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Sie hat Verfahren entwickelt, die klar strukturiert, offen, transparent und direktdemokratisch sind. Die Verfahren für den Entscheid über neue Kernkraftwerke und über ein Tiefenlager sind getrennt und zeitlich gestaffelt. Sie erlauben eine friedliche, sachliche und demokratische Auseinandersetzung mit dem Thema Kernenergie und ihren Alternativen.

Unsere erste Erwartung ist ganz einfach. Wir erwarten, dass Politik und Behörden hinter diesen Verfahren stehen und sie konsequent anwenden.

Im Moment läuft die Analyse der 3 Gesuche für neue Kernkraftwerke. *Dank* den Abklärungen der Behörden, den Konsultativabstimmungen in den Kantonen und der öffentlichen Meinungsbildung werden die Projekte technisch und politisch auf Herz und Nieren geprüft. Auf diese Weise werden sich bis ins Jahr 2012 die beiden prioritären Standorte herauschälen. Die Gesuchsteller sind sich einig, dass die Standortwahl am besten im Behördenprozess erfolgt und nicht durch vorzeitige Absprache.

Im Moment läuft auch die öffentliche Mitwirkung bei den 6 möglichen Standorten für ein geologisches Tiefenlager für radioaktive Abfälle. Das ist nicht Schwarz-Peter. Sondern ein Spiel mit offenen Karten.

2 mal klare Verhältnisse. Zuerst wird geprüft, dann wird entschieden. Nicht umgekehrt. Und nicht nur von wenigen.

Die einmal **festgelegte Zeitachse** sollte die Politik ohne Abstriche umsetzen. Schön wäre, wenn sie - wie bei der NEAT - den Druck auf das Verfahren permanent aufrechterhält und Verzögerungen nicht toleriert. Nur so ist es auch möglich, das erste neue Kernkraftwerk zeitgerecht ans Netz zu bringen – das heisst spätestens 2025. So wie von den Behörden selber vorgesehen. Die NEAT zeigt, dass es geht.

**EnG Art. 4:**

Die Energieversorgung ist Sache der Energiewirtschaft.

Bund und Kantone sorgen mit geeigneten staatlichen Rahmenbedingungen dafür, dass die Energiewirtschaft diese Aufgabe im Gesamtinteresse optimal erfüllen kann.

Nun zur Investitionsfähigkeit:

Aus Artikel 4 des Energiegesetzes können wir folgendes schliessen:

Wir sind ein Teil des Service Public, so wie die Post und die Bahn. Mit einem kleinen, aber feinen Unterschied. Wir haben niemanden, der uns finanziert. Kein Parlament, das uns Geld gibt, wenn wir investieren müssen. Kein Bundesrat, der unsere leere Pensionskasse füllt. Und kein Volk, das für uns die Mehrwertsteuer erhöht. *Wir selber* müssen die Strom-Infrastruktur bauen und finanzieren. Darum brauchen wir Margen, Gewinne und Reserven.

Unsere zweite Erwartung an die Politik ist deshalb, dass sie zu unserer Investitionsfähigkeit Sorge trägt. So wie das Gesetz es verlangt. Das bedingt eine massvolle Besteuerung und Abgabenbelastung. Höhere Kosten für Systemdienstleistungen, höhere Wasserzinsen, Renaturierungsbeiträge, Einspeisevergütungen, Standortabgaben und Kernenergieerappen sind zwar alle gut gemeint. **Dieses Geld fehlt uns aber zum Investieren.** Allein mit den *beschlossenen* Abgaben steigt der staatliche Anteil am Strompreis zwischen 2009 und 2011 nämlich von einem Viertel auf einen Drittel. Das bedeutet eine Zunahme von 30% in 2 Jahren.

Die Wahrung der Investitionsfähigkeit verlangt aber auch eine verlässliche und berechenbare Regulierung mit Marktpreisen statt Gestehungskosten.

Leider hat das **Gestehungskostenprinzip** Anhänger in allen politischen Lagern. Auch dort, wo sonst das Lied von Markt und Freiheit ertönt.

„Stromversorgungsgesetz, 10000 Arbeitsplätze“ oder “Korrekte Umsetzung des Stromversorgungsgesetzes“ lauten die verharmlosenden Titel von entsprechenden parlamentarischen Vorstössen.

Wollte man übrigens das Gestehungskostenprinzip konsequent anwenden, müssten fairerweise auch wir davon profitieren können: Stahl, Zement und Büromöbel zu Gestehungskosten.

Noch lieber wäre uns aber eine echte Liberalisierung. Markt für alle. Markt mit Marktpreisen. Klare Regeln - klare Prinzipien.



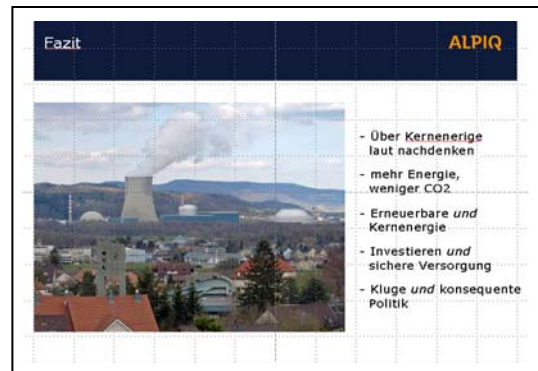
Die dritte Erwartung, die wir an die Politik richten, **betrifft das Verhältnis von Kernenergie zu den Erneuerbaren.**

Es besteht die permanente Gefahr, dass die Kernenergie und die erneuerbaren Energien in der politischen Diskussion gegeneinander ausgespielt oder auch unheilvoll miteinander verknüpft werden. Im Parlament laufen solche Bestrebungen unter den Titeln „**Risikoprämien der Kernkraftwerke für erneuerbare Energien**“ oder „**längere Laufzeiten von Kernkraftwerken für Erneuerbare nutzen**“. Beides ist aus unserer Sicht falsch. **Warum?** Für die Laufzeit der Kernkraftwerke ist die **Sicherheit** massgebend. Und wer Steuererträge oder Förderbeiträge an die Laufzeit bindet, der **trübt seinen Blick doppelt**.

Einerseits vertragen sich Geldhunger und Sicherheitskontrolle schlecht. Andererseits muss die Brückenfunktion der Kernenergie auf dem Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien gestärkt, nicht geschwächt werden. Das globale Thema ist ja die Reduktion der CO2-Emissionen. Das bedeutet automatisch mehr Strom. Es braucht die Kernenergie. Damit die elektrische Oase grösser und die fossile Wüste kleiner wird. Was definitiv nicht das Thema sein sollte: Wie wir die Kernenergie durch Wind und Sonne ersetzen können. Das macht nur die Oase kleiner und teurer. Und die Wüste grösser.

Es ist auch realitätsfremd, wenn uns die Politik nebst den CO2-Zielen auch noch Stromreduktionsziele diktiert. Das passt eben gerade nicht zusammen! Und es ist dem Klima auch nicht geholfen, wenn man aus der Kernenergie aussteigen will, bevor man aus dem CO2 ausgestiegen ist. Es muss gerade umgekehrt laufen!

Fazit: Wenn Kernenergie und Wind und Sonne gegeneinander ausgespielt werden, wird es teuer. Und Versorgungssicherheit und Klima bleiben auf der Strecke. Sie müssen sich ergänzen, nicht ausschliessen. Und entsprechend muss die Regulierung sein.



Ich komme zum **Fazit**.

Erstens: Wir sind einen Schritt weiter. Über Kernenergie darf man wieder laut denken. Es geht nicht um gut oder schlecht. Sondern es geht um ein *Abwägen von Vor- und Nachteilen*.

Und man darf Projekte ausarbeiten. Das Wie-Weiter ist geregelt, bis zum Volksentscheid. Das ist gut.

Zweitens: In der Lagebeurteilung gibt es neue Elemente. CO2 und globale Gerechtigkeit. In der Schweiz haben wir das neue Kernenergiegesetz und wir gleiten in eine Stromlücke.

Drittens: Kernenergie ist wieder eine ernsthafte Option. Unser Land kann nur *mit* der Kernenergie die Abhängigkeit von fossilen Energien verringern und den CO2-Ausstoss tief halten. Es braucht grössere Oasen, nicht grössere Wüsten. Dazu braucht es erneuerbare Energien *und* Kernenergie. Anders gesagt: Es braucht regulatorische Gleichbehandlung für beide! Und es braucht ein klares Bekenntnis der Politik zur Kernenergie.

Viertens: Wirtschaft und Staat haben beim Bau neuer Kernkraftwerke ihre klar definierten Rollen. Es geht darum, dass beide Seiten das Beste daraus machen. Nicht gegeneinander. Sondern miteinander.

Fünftens: Voraussetzung dafür ist auch eine kluge und konsequente Politik. Markt zulassen, wenn wir Markt wollen. Finanzielle Spielräume schaffen, wenn wir Investitionen wollen. Verfahren straff durchziehen, wenn wir rechtzeitige Entscheide wollen.

Ich bin überzeugt: Wenn es uns gelingt, eine Vertrauensbasis entlang diesen 5 Punkten herzustellen, wird die Renaissance der Kernenergie in der Schweiz eine Erfolgsgeschichte.

Die **Zukunft kommt auf jeden Fall**. Die Frage ist nur: *wie*. Dazu können wir gemeinsam etwas beitragen!